

Auf dem offiziellen Programm zu dieser Jugendwoche befand sich ein Bild, das jugendliche Kommunisten darstellt mit dem Gelehr in der Hand, die ihren Geistlichen und ihrem Lehrer einen Tritt versetzen und ihn dazujagen. Die im Sportpalast anlässlich dieser Jugendwoche veranstaltete Gottlosen-Ausstellung bewegte sich in der gleichen Tonart und zeigte Schmähbilder gegen die christliche Kirche und ihre Einrichtungen, wie man sie bisher in Deutschland noch nicht gesehen haben dürfte. Der sowjetrussische Verband der kämpfenden Gottlosen war selbstverständlich auch vertreten und forderte auf seinen Gehplakaten auf, den russischen Vernichtungsfeldzug gegen die christliche Kirche und das Bürgertum sich zum Beispiel zu nehmen. So hieß es auf dem einen in Moskau angefertigten Plakat der Gottlosen in deutscher Sprache: Religion ist Gift! Hüte dein Kind! — auf einem anderen: „Wenn der Prolet zuschlägt, verschwinden und verrecken seine Blutsauger!“ Angeregt durch diese Gottlosenausstellung durchzogen bereits vor Beginn der Jugendwoche die Kommunisten den Sportpalast, Gottlosenlieder absingend, deren Inhalt so gemein ist, daß man von seiner Wiedergabe Abstand nehmen muß. Den Höhepunkt dieser bolschewistischen Jugendwoche stellte aber die Bürgerkriegsrede des KPD-Führers Schneller dar, der u. a. ausführte, es sei Pflicht der Jugendlichen, die soeben die

Schule verlassen hätten, ihre ganze Kraft in den Dienst der Revolution und ihrer Vorbereitung zu stellen. Der Kampf gegen die christliche Kirche und den bürgerlichen Staat müsse jetzt mit blutiger Energie geführt werden, bis der Tag des Sieges endlich da sei! Nach dieser blutrünstigen Ansprache nahm er die Vereidigung von 2000 jungen Kommunisten mit folgender Formel vor: Seid ihr bereit, für die Revolution zu kämpfen und euer Blut und Leben dafür einzusetzen? Mit erhobener geballter Faust erscholl ein einmütiges: Ja! Den gleichen Bürgerkriegseid nahm der Redner auch den Eltern dieser Bolschewistenjugend ab, die ebenfalls mit geballter Faust „gelobten“, mit ihrem „Blut für die Revolution zu kämpfen.“ Am Schluß seiner Weiherede schrie Schneller in den Saal: Seid bereit! worauf sämtliche Kommunisten die Faust erhoben und antworteten: Immer bereit! Es folgte nun ein Gottlosenpiel, in dem die christliche Kirche und ihre Einrichtungen in beispielloser Weise geschmäht wurden. So trat z. B. ein Geistlicher als Spottfigur auf, der die Reiben der jungen Bolschewisten abschnitt und ihnen die Jugendweihe erteilte, indem er kirchliche Gebete in entstellter Form sprach. Eine andere Spottfigur trug ein grünes Gewand mit dem eisernen Kreuz, die dazu dienen sollte, um die Jugend zum Kampf gegen Autorität und Staat aufzuputchen. Auch ein katholischer Geistlicher mit dem kirchlichen Kreuz auf dem Gewand erschien, gleichfalls um dem Spott der „Jugendgeweihten“ zu dienen.

Während all dieser Vorführungen befand sich ein Hauptmann der Schutzpolizei mit zwei Kriminalbeamten auf dem Vorführungspodium, die es aber nicht für notwendig hielten, die Versammlung sofort für geschlossen zu erklären, obwohl in unvorstellbarer Form zum bewaffneten Aufruhr aufgefordert und die Kirche in niederträchtigster Weise verhöhnt wurde. Erst gegen Schluß der Veranstaltung erhob die Polizei Einspruch gegen die Fortführung der Kundgebung, worauf ein ungeheurer Tumult entstand und die Bolschewisten sich erhoben und mit geballter Faust die Internationale sangen: „Auf zum letzten Gefecht!“ Ein Redner kündigte an, daß man für diese Provokation der Polizei gehörig Abrechnung halten werde. Das Verhalten der Schutzpolizei ist infolgedessen unerklärlich, als sie über den aufrührerischen Charakter dieser Sportpalastkundgebung bereits vorher genau informiert gewesen ist, sie also die Möglichkeit hatte, vor Beginn der Kundgebung das Verbot auszusprechen. 2½ Stunden vor Beginn der Kundgebung war der Sportpalast geöffnet; in dieser Zeit wäre es die Pflicht der politischen Polizei gewesen, sich die Gottlosenausstellung anzusehen und vor allem die Druckschriften, die zur Verteilung gelangten, zu kontrollieren. Das Riesentransparent, das in der Mitte des Sportpalastes aufgespannt war, zeigte jugendliche Kommunisten mit geballter Faust — zu ihren Füßen lag ein fortgeworfenes Kreuz — darunter stand die Parole: „Seid bereit!“ In dem Weihergedicht, das Erich Weinert für diese Veranstaltung verfaßt hatte und das im Sportpalast verkauft wurde, hieß es über diese „Taibereitschaft“: „Ein Volk hat seine Pfaffen schon vertrieben, aus Sowjetrußland kommt der Frühlingswind! Ihr Jungen, die ihr jetzt ins Leben tretet, füllt die Arme des Proletariats! Die Fahne weht des freien Rätesstaates, hier wird gekämpft, hier wird nicht mehr gebetet, nicht Kapital und Pflaue kann verbieten den großen Aufruhr, der das Land durchbraut, wenn Bauer und Prolet die Parasiten gerschmettern mit erbarmungsloser Faust!“ . . .

Und dies im Zeichen einer Notverordnung, die sich nicht nur gegen die staatsfeindlichen Umtriebe radikaler Elemente, sondern insbesondere auch gegen die wachsende Hege gegen das Christentum richtet. Dies in einem Augenblick, nachdem kurz vorher die Herren Innenminister mit allen Mitteln gegen diese Hege vorgehen versprochen haben.

Eine folgenschwere Wahl.

Von Reichswart D. Erich Stange in Kassel-Wilhelmshöhe.

„Drum prüfe, wer sich ewig bindet“ schreibt der Dichter von der Wahl der Lebensgefährtin. Offenbar wußte er damals noch nichts von der Bedeutung des Jugendbundes für das Leben eines jungen Mannes; sonst würde er hier nicht weniger ernst zu sorgfältiger Prüfung ermahnen haben.

In der Tat ist es für das junge Blut, das in diesen Wochen aus der Schule ins Leben hinaustritt, von außerordentlicher Bedeutung, welchem Jugendbund es sich anschließt. Die jugendliche Lebensgemeinschaft um ein gemeinsames Ziel und mit gemeinsamen Aufgaben kann eine Hilfe von unschätzbarem Wert für den werdenden Menschen sein. Zumal in den Stürmen der Reifejahre ist sie wie ein schützendes Gehäus, das den jungen Menschen in der empfindlichsten Zeit seiner seelischen Entwicklung vor schweren Schädigungen bewahrt. Darum sollte man jeden Jungen ermutigen, sich einen Kreis von Freunden zu suchen, der in fester, bündischer Zucht junges Leben gemeinsam zu gestalten sucht.

Aber freilich: Es prüfe, wer sich ewig bindet! Auch wenn es sich hier nicht um eine „ewige Bindung“ handeln sollte, sondern wenn der Jugendbund nur Durchgangsstelle zum Mannwerden bedeuten sollte, ist die Entscheidung von schwerer Tragweite. Wehe dem, der hier falsch wählt! Man braucht dabei nicht sogleich an Jugendgruppen zu denken, in deren Mitte das Verbrechen oder die Ausgrenzung geübt wird, wie das neulich von den „wildem Claque“ unserer Großstädte berichtet wurde. Jugendvereine und -gruppen, die den großen Vätern der deutschen Jugend angeschlossen sind, bieten dadurch wohl eine gewisse Sicherung gegen Verwilderung oder Entar-

Entschleierte Fronten!

Das Fernbleiben der Opposition aus dem Reichstag hat doch Auswirkungen von größerer Tragweite gezeigt, als man zuerst anzunehmen geneigt war. Die politische Entwicklung war für den aufmerksamen Beobachter recht interessant und nachgerade wird doch mehr und mehr eingesehen, daß der Auszug der Opposition ein nicht so ungeschickter Schachzug gewesen ist.

Besorgte Gemüter sagten besonders schlimme Folgen der Oppositionspolitik für die Landwirtschaft voraus. Im Lager der Opposition blieb man aber kühl und gelassen, selbst dann, als man die Opposition beschwor, schleunigst zur Sicherung der Osthilfe und des Agrarprogramms in den Reichstag zurückzukehren. Die Gefrierfleischanträge boten besonders den Vertretern der Landvolkpartei Veranlassung, die Deutschnationalen ganz dringend auf die angeblich so großen Gefahren aufmerksam zu machen. Dennoch bewahrte man Kaltblütigkeit, und die kluge Voraussicht der Oppositionsführer hat sich inzwischen vor aller Öffentlichkeit bestätigt. Man hat mit Recht in aller Gelassenheit darauf hingewiesen, daß der Reichsrat die Agitationsanträge der marxistischen Parteien zurückweisen würde und daß für die entscheidenden Abstimmungen die notwendige Zweidrittelmehrheit im Reichstag nicht zu erzielen ist. Die politische Lage hat sich ganz so entwickelt, wie man es im Lager der Opposition glaubte voraussehen zu können, und diese Entwicklung ist durchaus befriedigend.

Die Beharrlichkeit und die Kaltblütigkeit der Oppositionspolitik hat den Rechtsparteien die ersten sichtbaren Früchte eingetragen. Der Linkssozialist v. Gerlach rechnet seinen Parteigenossen vor, daß der Panzerkreuzer B der sozialdemokratischen Partei zumindest einen Verlust von drei Dutzend Mandaten eintragen werde. Damit will v. Gerlach sagen, daß die Haltung der Sozialdemokratie in der Panzerkreuzerfrage zu einem unübersehbaren Prestigeverlust führen wird, bezw. schon geführt hat. Sie sehen wir handgreiflich vor Augen, daß die Politik der Rechten in ihrer Auswirkung nichts anderes ist als eine praktisch angewandte Bekämpfung des Marxismus. Wenn die 151 Abgeordneten der Rechten mit über den Wehretat und den Panzerkreuzer abgestimmt hätten, dann wären die Sozialisten ihren Grundfäßen treu geblieben und hätten sowohl den Wehretat als auch den Panzerkreuzer abgelehnt. So aber war den Sozialdemokraten die volle Verantwortung zugefallen. Von ihnen hing es ab, ob man den Panzerkreuzer B bauen wollte oder nicht und ob man dem Reichswehrminister die Mittel zur Bestreitung der Heeresausgaben zur Verfügung stellen wollte oder nicht. So wurde denn hinter den Kulissen wieder einmal ein Kuhhandel abgeschlossen, und den größten Vorteil bei diesem Handel scheint das Zentrum — dank seiner günstigen Stellung — eingekassiert zu haben. Brüning war sicherlich Herr der Lage. Denn lehnten die Sozialisten den Panzerkreuzer ab, dann konnte er den Reichstag auflösen, und die Wahlen in Braunschweig haben gezeigt, daß die Aktien für die Sozialdemokratie recht ungünstig stehen. Die Furcht vor Neuwahlen macht die Sozialdemokraten gefügig. Nie zuvor hat die Sozialdemokratie eine so bittere Pille geschluckt wie diesmal mit dem Panzerkreuzer B. Diese Pille haben ihr Eugenberger und Hitler gedreht. Sicherlich hat Brüning die Pille noch etwas verflüssigt, aber bitter blieb die Pille doch und der bittere Nachgeschmack wird sich nicht verlieren.

So harmlos sind wir aber nicht, daß wir glauben, daß die Sozialdemokratie sich so ganz von Brüning in den Sack stecken und willenlos über sich verfügen läßt. Dafür ist Herr Braun in Preußen ein zu geschickter Gegenspieler. Welchen Kaufpreis hat das Zentrum bezahlt? Wir finden die Antwort in der Erklärung des sozialistischen Redners im Reichstag zu der Panzerkreuzerfrage. Kampf dem Faschismus ist die Parole! Was sagt das Zentrum? Kampf dem Faschismus! Aha, also ge-

tung, wie sie dem allein stehenden Verein nur zu leicht drohen.

Aber hier sind doch auch noch Gefahren verborgener und darum nicht minder schwerer Art zu nennen. Nicht wenige Jugendgruppen werden dem jungen Menschen in seinen Entwicklungsjahren dadurch gefährlich, daß sie ihn zur Einseitigkeit erziehen und entweder nur einen Sportsegen oder einen Bildungsphilister oder nur einen Gewerkschaftsmann aus ihm machen. Mag in späteren Lebensjahren die einseitige Festlegung der Lebenslinie auf ein bestimmtes Aufgabengebiet berechtigt sein, so sollte man doch dem jungen werdenden Leben zunächst noch eine volle Entfaltung zu reifer Menschlichkeit gewähren.

Mit besonderem Nachdruck sei deshalb hier auf diejenigen Jugendverbände hingewiesen, die sich das Ziel gestellt haben, jungem Leben in solcher Weise zur vollen Entfaltung zu dienen. Wir greifen als besonders eindrucksvolles Beispiel die großen evangelischen Jungmännerbünde Deutschlands heraus, die sich als Ziel ihrer Hunderttausende die Erziehung zu christlicher Mannhaftigkeit gestellt haben. Hier finden wir eine Gestaltung jugendlichen Lebens, die alles umschließt, was für das heranwachsende junge Blut freudvoll und heilsam ist, von den Leibesübungen, die im Zeichen des „Eichenkreuzes“ in der Mitte der evangelischen Jungmännerbünde unter Abwehr aller evangelischen Reklamsucht in neuen volkstümlichen Formen getrieben werden, bis zur umfassenden Bildungsarbeit, für die mancher großstädtische Christliche Verein junger Männer ein volles volkshochschulartiges Programm bereitstellt; von den Stunden tiefer Innerlichkeit um die letzten Fragen jungen aufbrechenden Lebens bis zur tollen und doch zuchtvollen Jungenschaft im „Jungvolk“. Wer hier als junger Mensch einwurzelte, der gewann zugleich Lebensfreude, Kraft und, was noch mehr ist: Lebenskräfte, die durch-

meinsame Front dieser beiden Parteien gegenüber dem Faschismus oder Nationalismus. Jetzt ahnen wir, weshalb in den letzten Wochen hier im überwiegend katholischen Westen ein planmäßiger Kreuzzug gegen den Faschismus eingeleitet wird. Zuerst zog das Reichsbanner vom Leber und nun das Zentrum in Verbindung mit den Windthorstbünden und der sogenannten Kreuzfahr. Auffällig ist dabei, daß die Geistlichkeit sich so sehr stark bei diesem Kampf in den Vordergrund stellt. So sehen wir das Zentrum Arm in Arm mit dem gottlosen Marxismus im Kampf gegen den gemeinsamen Feind. Man kämpft gemeinsam erbittert um die Erhaltung der Machtposition; denn von dem Nationalismus haben weder die Sozialdemokratie noch das Zentrum viel zu erwarten. Das Zentrum will in dem so stark betonten völkischen Gedankensystem eine große Gefahr für die Kirche, ja für das Christentum überhaupt sehen. Das kann für das Zentrum nicht der entscheidende Beweggrund zu dieser so vorzüglich organisierten Abwehrpropaganda sein, denn bisher hat es sich nicht gescheut, mit der überwiegend antireligiösen Sozialdemokratie in enger Verbundenheit Schulter an Schulter zu stehen.

Entgegen so mancher im „Aufwärts“ bekundeten Auffassung bilden Zentrum und Sozialdemokratie immer noch eine gemeinsame Front und hin und her auftretende Gegenfälligkeiten ändern an dieser Tatsache nichts. Daß Brüning die weitestgehenden Anträge der Sozialdemokraten vor der Öffentlichkeit scharf ablehnt und daß das Zentrum dem Volk damit sagen will, daß es nicht geneigt sei, den Sozialdemokraten für ihre erwünschte gekommene Haltung in der Panzerkreuzerfrage nun noch eine besondere Belohnung zuzugestehen, das ist nicht ernst zu nehmen. Die Sozialdemokratie braucht Agitationsanträge, um ihren Anhängern den Panzerkreuzer schmackhaft zu machen. Sie wird auch nicht zu vielen Wert darauf legen, daß sie diese Anträge durchbekommt, denn daß das Zentrum den Sozialdemokraten mehr gibt, als es ihnen versprochen hat, das erwarten die Sozialisten selber nicht.

Die Rechtsparteien haben so unter der offenkundigen Leitung Eugenbergs durch ihre Taktik den Schleier von so manchen Dingen weggezogen, daß man zuversichtlich erhoffen darf, daß im deutschen Volk immer mehr der Wille zur Systemänderung sich durchsetzt. Insbesondere ist auch der Sozialdemokratie die Maske vom Gesicht gerissen und eine Partei, die ihre Grundfäße derart verleugnet, stößt alle die Parteigenossen vor den Kopf, die den politischen Kampf ehrlich geführt sehen wollen. Den Parteien der Mitte, sowie den Halbrechtsparteien ist die Haltung der Opposition zumindest peinlich, und einzelne Parteiführer geben offen zu, daß sie durch die Politik der Rechtsparteien in eine heikle Lage geraten sind. Durch das Fortbleiben bekundet die Opposition, daß sie jede Verantwortung für die heutige Politik ablehnt und desto mehr tritt die Tatsache in den Vordergrund, daß die zurückgebliebenen Parteien für eine Politik verantwortlich sind, die grundsätzlich immer noch an der Erfüllungspolitik festhält und nicht den Mut aufbringt, der Welt zu sagen, daß das deutsche Volk nicht mehr in der Lage ist, den Youngplan zu erfüllen, und daß die Revision des Youngplanes als auch des Versailler „Vertrages“ sofort angemeldet werden muß. Deshalb ist die Lage besonders der Halbrechtsparteien mehr als ungemütlich, und man ist sich darüber klar, daß man bei Neuwahlen schlecht abschneiden wird. Herr v. Reudell, der bekanntlich seinerzeit auch aus der deutschnationalen Partei austrat, hat sich kürzlich dahin geäußert, daß das Landvolk sowohl als die Volkshochkonservativen für die Zukunft keine Aussicht haben sich durchzusetzen und daß er für seine Person hoffe, daß man sich demnächst wieder unter Eugenberger und Hitler zu einer nationalen Einheitsfront zu sammeln werde. Das war ein aufrichtiges Bekenntnis, und nicht jeder Politiker gesteht so offenherzig ein, daß man einen falschen Weg gegangen ist. Die Entwicklung geht weiterhin klar nach rechts; allerdings zum Teil auch

Bücher und Zeitschriften.

Die hier angezeigten Bücher sind zu beziehen durch die Buchhandlung der Anstalt Bethel.

Trog allem! Ein Buch der Front. Von Gehmut Stellrecht. J. F. Lehmanns Verlag, München. Geh. 4,50. Bind. 6.— Mark.

Dieses Kriegsbuch ist die richtige Antwort auf Remarque, auf die man gewartet hat. Das äußere Geschick berührt sich in vielem mit dem bei Remarque. Ein 18-jähriger Schüler wird Feldartillerist, erlebt eine schwere Ausbildungszeit als Rekrut in der Heimat und nach schwerer Wunden voll Hunger und Entbehrung, voll Demütigung durch allerlei Kameraden in den ersten Frontwochen beim Durchbruch nach Italien hinein. Aber Stellrecht zerbricht nicht am Kriege. Er erkämpft sich die Kameradschaft, und er wird in Kampf und Todesnot, in Mühsal und Überwinden aus dem weichen Jüngling zum harten Manne gehämmert. Stellrechts Buch gewinnt einen besonderen Wert durch die innere Durchdringung und Befüllung des Stoffes, durch seine Auseinandersetzung mit den ewigen Fragen nach Sinn und Zweck von Krieg und Tod, nach Gott und Glauben, nach Vaterland und Volkstum. Er hat die heulende Haltung der Jugend, die noch ringt und sucht, deren Sinn und Sireben auf das Hohe und Ewige gerichtet ist. Wie alle jungen Menschen ist er ein Fanatiker der Wahrheit. Er tadelt, was schlecht ist; er verschweigt nichts; er macht aber auch dem Leser das Herz warm und den Sinn stolz, wenn er männlich und ehrfürchtig vom Kämpfen, Töten und Überwinden seiner Kameraden vom 29. württembergischen Feldartillerie-Regiment erzählt. Die alten Soldaten wie der junge Nachwuchs werden ihm dankbar sein für diese schöne, reine und ehrliche Darstellung und Deutung des Größten, was Menschen unserer Tage erleben konnten.

nach ganz links Fronten klar. Die nationale Einheitsfront des Marxismus als kommunistische Fronten befinden sich in der Bedeutung aber wird in der Bruder im Stille den ist und nicht haben.

Protest gegen

In Am Reichsrats in Gelegenheit, Staatsmänner der Frage zu legen. Die waren ruhig schieden und Zurückweisung auf 1. März Minister Dr. Schaffrich zu stellen. In

Wirtschaft die reichste Wirtschaftsnation Deutschland neuen Veränderungen, mit der Notlage wirtschaftlichen Sanierung unter dem Zwang eines feres Aufhebes

Deutscher herausgeriffen Wirtschaftskrisis seit ein muß die gl

Unser D europäischen europäischen muß ein Au Teilschäften der beiden springen.

Es ist erkannt von Elise auf ist, ist die Niederle Wirtschaftsmärkte nach

Die J mehr in der ner, der stische Aufhebe Regi für region der region der südliche Zollunion und Elstar

Die d bewußt, mi zu streben. tschschloss vorans ab mit Einbe schluß Deut

Der reichliche vortritt, lichen Ver weite der men, ist verfehlt si

Bast auf ren uns l gen an l einer Ver allen Am

Geral moßgebend Vertragso Staaten o

feinerlei rechtliche lich unter gewöhnlich

Es ist schwer zu seit Deste war die noch nien sein Wor zulässigste burgs No Bindung rung sein möglich i sein, dero wirtschaftlich gewährie

Ne daneben nun ein dungen laum de dem gle Krutition der Ver die nich

gegenüber dem
hnen wir, wes-
wiegend katho-
gegen den so-
Reichsbanner
bindung mit den
Kreuzfahr, Auf-
so sehr stark bei
So sehen wir
sen Marxismus
Man kämpft
der Machtposi-
weder die So-
erwarten. Das
völkischen Ge-
für das Chri-
das Zentrum
dieser so vor-
sein, denn bis-
überwiegend
ter Verbunden-

bekundeten Auf-
okratie immer
und her aufste-
dieser Tatsache
in Anträge der
scharf abgelehnt
will, daß es
für ihre er-
zckerkreuzerfrage
gefallen, das ist
okratie braucht
in den Panzer-
auch nicht zu
Anträge durchbe-
zialdemokratischen
as erwarten die

r offenkundigen
en Schiefer von
an zuversichtlich
immer mehr der
gt. Insonderheit
ke vom Gesicht
fänge derart ver-
vor den Kopf, die
gen wollen. Den
sparteien ist die
ch, und einzelne
die Politik der
ten sind. Durch
n, daß sie jede
blehnt und desto
und, daß die zu
Hk verantwort-
der Erfüllung-
ringt, der Welt
ehr in der Lage
die Revision des
vertrages" sofort
Lage besonders
tlich, und mar-
hnen schlecht ab-
bekanntlich sei-
Partei austral,
is Landvolk so-
Zukunft keine
ah er für seine
ieder unter Su-
Einheitsfront zu
Bekenntnis, und
ein, daß man
ntwicklung geht
zum Teil auch

ten.
ehen durch die
hel.
n Gehmut Stell-
Beh. 450. Pro.
antwort auf Re-
uhere Geschehen
marque. Ein 18-
ebst eine schwere
eimat und nach
ehrung, voll De-
en ersten Front-
ein. Aber Stell-
mpft sich die Kla-
Todesnot, in
n Jüngling zum
Buch gewinnt
Durchdringung
e Auseinander-
sinn und Zweck
auben, nach Wa-
de Haltung der
Sinn und Stre-
t. Wie alle jun-
Wahrheit. Er ta-
nichts; er macht
den Sinn stolz,
kämpfen, Dulden
n 29. württemb-
en Soldaten wie
ar sein für diese
nd Deutung des
erleben konnten.

nach ganz links. So sehen wir immer mehr sich drei Fronten klar herausheben, und zwar einmal die nationale Einheitsfront und zum andern Zentrum und Marxismus als Gegenpol und dann die erstarrte kommunistische Partei. Alles, was sich zwischen diesen drei Fronten befindet, wird mehr und mehr zerrieben und an Bedeutung ganz erheblich einbüßen. Das Zentrum aber wird in dem Augenblick den marxistischen Bundesbrüder im Stich lassen, wenn die Rechte zu stark geworden ist und die marxistischen Reichen sich erheblich gestärkt haben. Trotz der einmütigen Kampffront gegen

den Faschismus hat sich das Zentrum auch jetzt noch das Hintertürchen weit offen gehalten, durch das es aus der bisherigen Kampflinie desertieren wird, sofern und sobald es ihm nützlich zu sein scheint. Die Aufgabe der Opposition ist es deshalb, die Dinge so weiterhin in Fluss zu halten und die Schwächung der Sozialdemokratie so wirksam zu gestalten, daß das Zentrum die Bundesbruderschaft mit dem Marxismus endgültig löst. Nur so kommen wir zu dem so dringend notwendigen Systemwechsel, ohne den wir in Deutschland keinen neuen Aufstieg erleben.

Curtius an das Ausland.

Protest gegen die Veräufßerung der Zollunion. —
Wahrung der Gleichberechtigung.

— Berlin, 1. April.

In Anwesenheit fast sämtlicher Mitglieder des Reichsrats nahm Reichsaussenminister Dr. Curtius Gelegenheit, nach den letzten Worten ausländischer Staatsmänner nochmals den deutschen Standpunkt in der Frage der österreichisch-deutschen Zollunion darzulegen. Die Ausführungen des Reichsaussenministers waren ruhig, in der Form höflich, in der Sache entschieden und verrieten offen das Bestreben, über die Zurückweisung der französischen Annahme hinaus aufklärend zu wirken. Den Hauptnachdruck legte Minister Dr. Curtius deshalb auch darauf, den wirtschaftlichen Charakter des Zollprotokolls herauszustellen. Im einzelnen führte er aus:

Wirtschaftsfragen sind es, die die österreichische und die reichsdeutsche Regierung zusammengeführt haben; Wirtschaftsnot ist es, die uns zu unserem Vorgehen treibt. Deutschland mit einer Arbeitslosigkeit von fünf Millionen Arbeitslosen, mit drückenden politischen Verpflichtungen, mit gänzlich unzureichender Kapitaldecke bei tiefer Notlage seiner Landwirtschaft ist von schweren wirtschaftlichen und sozialen Gefahren bedroht. Neben der Sanierung und Hebung des Binnenmarktes stehen wir unter dem Zwang der Markterweiterung, der Ausweitung unseres Außenhandels.

Österreich, das aus seiner großen Wirtschaftseinheit herausgerissen ist, das eine zu schmale Grundlage für seinen Wirtschaftsapparat besitzt und dessen Bevölkerung seit einem Jahrzehnt unter ihrem Kulturniveau

lebt, muß die gleichen Ziele verfolgen.

Unser Vorgehen bewegt sich in den Bahnen der gesamt-europäischen Kooperation. Aber zu der Beeinflussung der europäischen Wirtschaft durch Gesamtpläne und Richtlinien muß ein Aufbau von unten her, eine Zusammenfassung von Teilleistungen treten. Erst aus dem Zusammenwirken dieser beiden Tendenzen kann wirklicher Fortschritt entspringen.

Es ist in den letzten Jahren oft dargelegt und anerkannt worden, daß die Wirtschaftsnot Europas in erster Linie auf seine Zerstückelung zurückzuführen ist. Was not tut, ist die Vereinigung zu größeren Wirtschaftsgebieten, die Wiederlegung von Zollmauern. Das Ziel ist nicht der Abschluß solcher größeren widerstandsfähigeren Binnenmärkte nach außen.

Die Idee regionaler Zusammenschlüsse tritt immer mehr in den Vordergrund. Einer der ersten Staatsmänner, der sich zu dieser Idee bekannt hat, war der rumänische Außenminister Titulescu. Ferner hat sich die tschechische Regierung in ihrer Antwort an Brand seinerzeit für regionale Abkommen ausgesprochen, wie der Gedanke der regionalen Verständigung auch die Zusammenkünfte der südosteuropäischen Agrarkonferenzen bezeugt und zu der Zollunion zwischen Rumänien und Südbalkan, Lettland und Estland geführt hat.

Die deutsche und die österreichische Regierung sind sich bewußt, mit ihrem Plan in der gleichen Richtung vorwärts zu streben. Ihre Pläne sind weniger exklusiv als die des tschechoslowakischen Außenministers, der unter Angebot im voraus ablehnte und eine Zollunion der kleinen Entente mit Einbeziehung Österreichs unter ausdrücklichem Ausschluss Deutschlands anstrebt.

Der rein wirtschaftliche Charakter des deutsch-österreichischen Planes, der aus dieser Gesamtsituation hervortritt, steht nicht im Widerspruch zu völkerrechtlichen Verpflichtungen und Bindungen. Zu der Tragweite der Abmachungen von 1922 Stellung zu nehmen, ist in erster Linie Sache Österreichs. Aber es versteht sich von selbst, daß wir auch unsererseits diesen Pakt auf das gewissenhafte „erste geprüft haben. Wir waren uns beide vom ersten Augenblick der Besprechungen an klar darüber, daß auch der bloße Anschein einer Verletzung der Unabhängigkeit Österreichs unter allen Umständen vermieden werden müsse.

Gerade das ist für den ganzen Aufbau des Paktes maßgebend gewesen. Gerade das hat dazu geführt, ein Vertragsverhältnis ins Auge zu fassen, in das beide Staaten als völlig gleichberechtigte Partner eintreten, das keinerlei staatsrechtliche Verflechtung.

Keinerlei staatsrechtliche Organe enthält, das die völkerrechtliche Handlungsfähigkeit unberührt läßt, und das endlich unter Räumlichkeitsbedingungen steht, wie sie für jeden gewöhnlichen Handelsvertrag passen würden.

Es ist angesichts dieser Struktur der Vereinbarungen schwer zu verstehen, inwiefern durch die Unabhängigkeit Österreichs angefaßt werden könnte. Man behauptet zwar die Vertragswidrigkeit des Plans, hat aber bisher noch niemals versucht, sie zu begründen. Wir haben noch kein Wort darüber gehört, worin denn eigentlich die „Unzulässigkeit“ unseres Vorgehens bestehen soll. Wenn Luxemburgs Zollunion mit Belgien, die doch eine ungleich stärkere Bindung des kleinen Landes mit sich bringt, keine Schmälerung seiner Souveränität zur Folge hat, so kann dies umso mehr bei der deutsch-österreichischen Zollunion der Fall sein, deren innerer Aufbau die politisch administrative und wirtschaftliche Selbständigkeit beider Länder gleichermaßen gewährleistet.

Reicht man das in Betracht und berücksichtigt man daneben, wie sorgfältig wir auf die Achtung der nun einmal auf Österreich lastenden besonderen Bindungen Bedacht genommen haben, so kann man sich kaum der Befürchtung erwehren, als ob hier nicht mit dem gleichen Maße gemessen würde, als ob die Konstitution der Vertragsverletzung auf einer Auslegung der Verträge und des Genfer Protokolls beruht, an die nicht mehr auf die Wahrung der Unabhängigkeit

Österreichs, sondern im Gegenteil auf seine Herabwürdigung zu einem Staatswesen zweiter Klasse hinausläuft. Es geht überhaupt nicht, die Basis der Gleichberechtigung zu verschieben, ohne die ein konstruktiver Aufbau Europas undenkbar ist.

Die Einschaltung des Rates.

Sie wissen, daß die englische Regierung, ohne damit sachlich gegen den Plan Stellung zu nehmen, mit dem Vorschlag an uns herangeraten ist, vor weiterer Entscheidung die rechtliche Seite der Frage im Völkerbundsrat zur Erörterung zu bringen. Es ist klar, daß wir unter keinen Umständen eine Erörterung der Rechtsfrage nicht für erforderlich erklären können, da der ganze Plan auf unserer und Österreichs Ueberzeugung beruht, daß er sich völlig im Rahmen der internationalen Verträge hält. Es versteht sich aber von selbst, daß wir uns einer solchen Behandlung der Sache im Völkerbundsrat nicht entziehen. Wir brauchen sie ja in keiner Weise zu scheuen.

Unser politischer Einwand bezog sich darauf, daß im Völkerbundsrat etwa unsere rein wirtschaftliche Vereinbarung, wie einige Stimmen dies forderten, als eine Gefährdung des Friedens zur Diskussion gestellt würde. Eine solche Unterstellung würde jeder tatsächlichen Begründung entbehren, eine solche Argumentation wäre unzulässig. Herr Genèbe hat angekündigt, daß er beantragen werde, die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Ratstagung im Mai zu setzen. Wir können nichts dagegen einwenden und rechnen überdies damit, daß schon vorher in dem paneuropäischen Studententum eine Aussprache über die ganze Frage stattfinden wird. Ich hoffe, daß beide Aussprachen die Mißverständnisse beseitigen werden.

Minister Curtius wies dann die Kritik zurück, die an der diplomatischen Methode geübt worden ist. Am 19. März seien sich Deutschland und Österreich einig geworden, am 20. habe man schon den Wächtern Mitteilung gemacht. „So lange sich Berlin und Wien aber selbst noch nicht darüber einig waren, was sie wollten — so fuhr der Minister dann fort —, war eine Verständigung anderer Regierungen naturgemäß gar nicht möglich. Wir haben aber die Bekanntgabe schon unserer vorläufigen Vereinbarung, schon der Aufstellung bloßer Richtlinien für richtig gehalten, um die anderen Regierungen und die Öffentlichkeit nicht gleich vor die vollendete Tatsache der Zollunion zu stellen.

Man kann vom internationalen Standpunkt nicht loyal handeln, als wenn man vor dem Abschluß eines Vertrages die Absichten und Grundgedanken dieses Vertrages vor aller Welt sozusagen auf den Tisch des Hauses legt. Wir wären froh, wenn man uns immer mit gleicher Loyalität und Offenheit behandelte. Man sollte übrigens Deutschland und Österreich doch nicht für so unklug halten, als ob sie es darauf hätten ankommen lassen wollen, durch ein auserkämpftes und dann sensationelles Manöver eine ganze Welt gegen sich in die Schranken zu zwingen.

Was wir wirklich gewollt haben, wiederhole ich noch einmal in voller Uebereinstimmung mit dem, was der Reichstanzler darüber schon erklärt hat:

Zollunion kein Hemmnis der Abriistung.

Wir wollen im Rahmen der geltenden Verträge mit möglicher Beschleunigung unseren beiden in schwerer Not befindlichen Ländern die Vorteile verschaffen, die sich aus der Erweiterung des Wirtschaftsgebietes ergeben. Wir wollen zugleich den Bemühungen um eine Neuorganisation der europäischen Wirtschaft einen neuen Impuls geben. Es ist mir eine Genugtuung, feststellen zu können, daß diese unsere Ziele in der Welt weitgehendes Verständnis gefunden haben. Wenn trotzdem der Plan Erregung verursacht hat, so geben die wirklichen Absichten Deutschlands und Österreichs dazu keinen Anlaß. Ihre Fernsinnigkeit läßt sich nur dadurch erklären, daß man die ganze Angelegenheit ohne Grund mit politischen Zielen in Zusammenhang gebracht hat, mit denen sie nichts zu tun hat. Daß das deutsch-österreichische Vorgehen wirtschaftliche Fragen dieser oder jener Art aufwirft, läßt sich verstehen. Nicht verständlich ist es aber, dabei von einer Störung des guten Einvernehmens unter den Nationen oder wohl gar von einer Gefährdung des Friedens zu sprechen.

Ich kann deshalb auch nicht zugeben, daß der deutsch-österreichische Plan zu einem Hemmnis für die Abriistungslösungen des nächsten Jahres werden könnte. Kein Land in der Welt ist an dem Frieden Europas und seinem gemeinsamen Wiederaufbau mehr interessiert als Deutschland und Österreich es sind; dessen sind wir uns stets bewußt. Kein Land kann auch mehr als sie den Wunsch haben, die Zusammenarbeit gefördert und schließlich von Erfolg getränkt zu sehen. Wird der deutsch-österreichische Plan so verstanden und gewürdigt, wie er von den beiden Partnern gedacht ist, so wird sich, wie ich bestimmt hoffe, die Erkenntnis durchsetzen, daß er sich in die allgemeinen europäischen Bestrebungen einordnet.

Feierschichten bei der Reichsbahn.

— Berlin, 1. April.

Zwischen der Reichsbahn und den Eisenbahngesellschaften ist ein Feierschichtenabkommen auf die Dauer von drei Monaten für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1931 abgeschlossen worden, das für die Reichsbahn-Ausbehebungsstellen und einige andere Arbeitsgebiete die Einlegung von Feierschichten regelt.

Volk ohne Land.

In der Nr. 67 des Aufwärts äußert sich Herr R. von Döring zu der Frage der ländlichen Siedlung in einer Form, die meines Erachtens sehr starken Widerspruch hervorruft.

1. Es wird gesagt, daß die Siedlung nur den Siedlungsgesellschaften nützt. Dazu ist festzustellen, daß sowohl die provinzialen wie auch die privaten Siedlungsgesellschaften unter derart starker Kontrolle der Preussischen Seehandlung, des Landwirtschaftsministeriums wie der Kulturbehörden stehen, daß finanzielle Gewinne ausgeschlossen sind. Die provinzialen gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften, die bisher die Hauptarbeit in der Siedlung durchgeführt haben, dürfen auf Grund gesetzlicher Bestimmungen nur eine Höchstdividende von 5 % an ihre Anteilhaber verteilen. Da Anteilhaber der Preussische Staat, die Landschaften, die Kreisverbände und sonstigen öffentlich-rechtlichen Verbände sind, ist bei den meisten Gesellschaften in den letzten Jahren auch dieser Betrag von 5 % nicht zur Ausschüttung gekommen.

2. Herr von Döring wärmt die alte Mär wieder auf, daß die Siedler bei Nacht und Nebel ihre Siedlung verlassen. Diese Behauptung taucht leider immer wieder auf, ohne daß dafür jemals der Beweis erbracht worden ist. Wenn 1927 3000, 1928 4000, 1929 5000, 1930 8500 Siedlungen geschaffen worden sind, so beweist uns diese außerordentlich starke Zunahme der Siedlungen, daß die Siedler von 1927 und 1928 wohl nicht bei Nacht und Nebel wegkamen. Aus Ostpreußen und der Provinz Brandenburg erhalten wir in den ersten Märztagen die Nachricht, daß sämtliche kleineren Stellen bis zu 40 Morgen für das Jahr 1931 bereits ausverkauft sind. Dabei beabsichtigt man in Ostpreußen an Stelle von 2000 Siedlungen, die 1930 ausgelegt wurden, in diesem Jahre über 3000 Siedlungen auszuliegen.

3. Ich glaube, daß die Forderungen eines pommerischen Großgrundbesitzers für die Siedlungsfreudigkeit des Landarbeiters und Kleinbauern nicht gerade als maßgebend anzuerkennen sind. Leider stehen noch heute weite Kreise des Großgrundbesitzes der Siedlung nicht nur uninteressiert, sondern ablehnend gegenüber. Es fehlt ihnen das notwendige Verständnis dafür, daß die Siedlung auch ihren alten Besitz in seinem Werte stützt. Insbesondere kann man von einem Teil der hinterpommerschen Besitzer ja auch nicht immer sagen, daß er ein großes Verständnis für den sozialen Gedanken des Aufstiegs seiner Landarbeiter und Kleinbauern gehabt hat.

4. Die Behauptung, daß der Großgrundbesitz eine stärkere Stütze des Deutschtums gegenüber dem Vordringen des Slaventums sei, ist wohl kaum zu beweisen. Die Geschichte des Deutschen Volkes zeigt, daß überall dort das Land deutschen Charakter sich erhalten hat, wo deutsche Bauern sich angesiedelt haben. Nicht Posen und das Baltikum, die von deutschen Großbesitzern beherrscht worden sind, sind deutsch geblieben, sondern das schwäbische Banat, sowie das Siebenbürger Sachsenland und die Gebiete Westpreußens, in denen deutsche Bauern angesiedelt waren. Schon Freiherr von Schwerin, einer der größten Kolonisatoren der deutschen Geschichte, stellte als Grundsatz über seine deutsche Siedlungsarbeit, daß nur der den Charakter eines Landes bestimmt, der es bebaut, nicht der, der es beherrscht.

Die starke Polonisierung besonders der Provinz Posen in den letzten 50 Jahren vor dem Kriege ist nicht unwesentlich darauf zurückzuführen, daß der deutsche Großgrundbesitzer hauptsächlich polnische Arbeiter beschäftigte.

5. Es sei ohne weiteres zugegeben, daß den Siedler in Nord- und Ostdeutschland heute nicht ein rosiges Leben erwartet. Schwere und harte Arbeit harren auf ihn, damit er die Verzinsung der ihm, übrigens nicht zum jüdischen Zinsfuß, sondern zu 4 1/2 % von Reich und Staat geliehenen Kapitalien durchführen kann. Auch der Siedler ist in die allgemeine Not der Landwirtschaft mit hineingezogen. Trotzdem müssen wir siedeln. Gesiedelt worden ist stets nur in Zeiten der Not, nicht, wenn es einem Volke und der Landwirtschaft gut ging. Vor unseren Bauernhöfen und Kleinbauern steht heute die ernste Frage:

Sollst du auswandern in einer Zeit, in der die Landwirtschaft aller Länder darniederliegt und die überseeischen Länder sich vor der Auswanderung absperrten, sollst du als Arbeiter in die Stadt gehen, deren 5 Millionen Arbeitslose nicht gerade auf Dich warten, oder sollst du versuchen, mit Deiner harten Bauernarbeit ein eigenes Schicksal auf einer eigenen kleinen Scholle Dir zu zimmern?

Ich glaube, wir können als evangelische Christen, ohne irgend eine wirtschaftliche Verantwortung zu übernehmen nur immer wieder von uns aus die Siedlung fördern und dem in Not befindlichen Menschen zur Siedlung raten. Unser Volk wird nicht eher zur inneren Gesundung kommen, bevor mindestens ein Drittel aller Menschen aus der Großstadt abgewandert und aufs Land zurückgekehrt ist. Sollte die Siedlung nicht gerade auch für unsere evangelischen Kreise ihre Bedeutung darin haben, daß neue Verwurzelung mit dem Lande auch neuen Glauben schafft und dem Freidenkertum damit ein Ziel vorgeschoben wird?

Alle Kreise der Inneren Mission und auch der organisierten Kirche beschäftigen sich heute mit der Siedlungsfrage, deren Bedeutung für Volk und Reich nicht hoch genug einzuschätzen ist.

Dr. Hermann Schulz,

Evangelischer Siedlungsdienst, Bielefeld.

— Die deutsche Afrikafliegerin Elli Weinborn hat die Bemühungen um die Rettung ihres Flugzeuges ausgegeben und den Apparat völlig unversehrt in der Sandwüste der Sahara zurückgelassen.

Henderson zur Ordnung gerufen.

Henderson und der Sirenenfang Briands.

London, 31. März. Eingehende Presseäußerungen zu der Unterhauserklärung Hendersons über die deutsch-österreichische Zollunion zeigen, daß man mit der verhältnismäßig scharfen Art seiner Kritik nicht ganz einverstanden ist. „Evening Standard“ meint, daß Henderson sich durch den Sirenenfang Briands und die Franzosenfreundlichkeit der englischen Botschaft in Paris habe einfangen und aufschälen lassen, so daß er ärgerlicher als nötig gewesen. Das Blatt erinnert daran, daß schon in Versailles die einsichtigen Staatsleute die Abtrennung deutscher, österreichischer und ungarischer Gebietsteile an die Slawen und Rumänen als einen schweren historischen Fehler angesehen hätten. Die Germanen seien gegenüber den Slawen die lebenskräftigere Rasse. Die Annäherung zwischen Deutschland und Oesterreich würde sie nur noch verbessern. Auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus müßte man die Annäherung begrüßen. Für England sei besonders die Frage der Weistbegünstigung wichtig. Hier müßte sich die englische Politik eines freieren Weltfreihandels vollkommen umstellen. Die englische Regierung sollte sich niemals in die Politik der geeinigten Front gegen Rußland einlassen; allerdings seien einheitliche Maßnahmen gegen die Auswirkung des russischen Fünfjahresplanes vor 1933 notwendig. Deutschland und Oesterreich hätten die Initiative in dieser Hinsicht ergriffen.

Frankreich, — wie es ist.

Herriot wird immer wilder. — Proteste der bürgerlichen Linksparteien gegen die Zollunion.

Paris, 31. März. Die vereinigten Linksparteien der Kammer (ohne die Sozialisten) traten am Dienstag unter dem Vorsitz Herriots zusammen und beschloßen, noch am selben Tage einen Interpellationsantrag über das deutsch-österreichische Zollabkommen einzubringen. Herriot wurde beauftragt, im Namen der Radikalsozialisten das Wort zu ergreifen und eine ausgedehnte Aussprache über diese Frage zu verlangen. Die Linksradiikalen beauftragten den ehemaligen Luftfahrtminister Laurent Eynac, zu sprechen. Die Partei gab außerdem einstimmig eine Erklärung ab, in der sie die Methoden der Geheimdiplomatie verurteilt (ausgerechnet Frankreich), die durch die Unterhändler Deutschlands und Oesterreichs betrieben worden sei, (1) und in der sie ferner behauptet, daß das Zollabkommen im Widerspruch zum Vertrage von St. Germain und zum Protokoll von 1922 stehe. Sie fordert eine energische Unterstützung der diplomatischen Aktion, die von Briand eingeleitet sei, um die Achtung vor den Verträgen zu verteidigen, die als einzige Bürgschaft für die Sicherheit des Landes und des Friedens angesehen werden könne.

Kündigung der österreichischen Handelsverträge mit Südslawien und Ungarn.

Wien, 31. März. Die Handelsverträge mit Südslawien und mit Ungarn sind am Dienstag von den österreichischen Gesandten in Belgrad und Budapest im Namen der österreichischen Regierung mit dreimonatiger Frist zum 1. Juli 1931 gekündigt worden. Die Kündigungen sind mit dem Zusatz notifiziert worden, daß die österreichische Regierung eine Neuverhandlung innerhalb der zur Verfügung stehenden Zeit erwartet.

Hitler klagt beim Staatsgericht.

Vorstoß gegen die Notverordnung. — Umgekehrung des Parteiapparates.

München, 1. April. Der Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, erließ einen Reichsbefehl an die nationalsozialistischen Parteinstellen, nach dem der Parteiapparat mit sofortiger Wirkung der Notverordnung des Reichspräsidenten — durch die bekanntlich die Versammlungs-

freiheit eingeschränkt worden ist — angepaßt werden muß.

Ferner teilt Adolf Hitler mit, daß er unverzüglich beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich eine Klage auf Aufhebung der Notverordnung anstrengen wird.

An die Parteianhänger wurde ein Aufruf erlassen, in dem jeder Nationalsozialist aufgefordert wird, ruhige Nerven zu behalten. Wer bewußt gegen die Bestimmungen der Notverordnung verstößt oder solche Verstöße billigt bzw. duldet soll ohne Ansehen der Person aus den Listen gestrichen werden.

Ozean-Luftverkehr ab 1933.

Die Fahrtdauer beträgt 2 Tage, der Fahrpreis 4000 Mark. — Dr. Ederer auf der Heimreise.

Neuyork, 1. April.

Nach mehrwöchigem Aufenthalt hat Dr. Ederer an Bord der „Europa“ die Heimreise nach Friedrichshafen angetreten. Vor seiner Abreise erklärte er in einem Gespräch, er sei nach den Vereinigten Staaten gekommen, um mit den interessierten Finanzkreisen die Möglichkeit eines regelmäßigen Luftschiffdienstes zwischen Europa und Amerika zu prüfen.

„Die Ergebnisse der Prüfung — so fuhr Dr. Ederer wörtlich fort — sind äußerst befriedigend. Wir wissen jetzt, daß vom wirtschaftlichen Standpunkt aus ein regelmäßiger Flugplan zwischen den Kontinenten möglich ist und gewinnbringend gestaltet werden kann. Falls die wirtschaftliche Depression nicht noch länger dauert, wird der transatlantische Flugdienst im Frühjahr 1933 beginnen. Als Standort in Europa ist Friedrichshafen ausersehen.“

Luftverkehrslinie Berlin—Rom.

Mittwoch eröffnet. — Reichsminister v. Güterd nach Rom.

München, 1. April.

Am heutigen Mittwoch wird die Luftverkehrslinie Berlin—Rom feierlich eröffnet. Mit dem ersten deutschen Flugzeug fliegt auch Reichsverkehrsminister von Güterd nach Rom. Das erste italienische Flugzeug der Strecke Berlin—Rom, welches als Vertreter der italienischen Regierung den Unterstaatssekretär im italienischen Luftfahrtministerium, Ezzezzio Riccardi, den Chef der italienischen Luftfahrt, Dr. Molise, Hauptmann Gaeta und Commendatore Ferrarin an Bord hat, wird über Mailand—München nachmittags in Berlin eintreffen. Die italienische Delegation bleibt voraussichtlich bis zu den Osterfeiertagen in Berlin und wird Gelegenheit zur Befichtigung der in Berlin befindlichen Luftfahrteinrichtungen nehmen.

Erdbeben in Amerika.

Managua zerstört.

London, 31. März. Aus Washington wird gemeldet, daß in Nicaragua ein sehr heftiges Erdbeben stattgefunden habe. Die Stadt Managua ist vollständig zerstört. Ihre Trümmer gleichen einem Feuermeer.

Der Umfang der Erdbebenkatastrophe in Managua läßt sich zurzeit noch nicht annähernd übersehen, da sämtliche Verbindungen unterbrochen sind. Nach den letzten Meldungen ist kein Haus verschont geblieben. Die Zahl der Todesopfer soll groß sein.

Die Folgen des Erdbebens noch unübersehbar.

Neuyork, 31. März. Um 20.30 Uhr MEZ gelang es, die Funkverbindung mit Managua aufzunehmen. Die schlimmsten Befürchtungen über die Folgen des Erdbebens werden bestätigt. In der Hauptstadt Nicaraguas sind fast alle Gebäude zerstört. Die Zahl der Toten läßt sich noch nicht annähernd schätzen. Bisher sind, wie bereits gemeldet, 40 Leichen gefunden worden. 35 Personen verbrannten während des Gottesdienstes in einer Kirche. Das Erdbeben dauerte von 17.04 bis 17.26 Uhr MEZ, wobei die heftigsten Erschütterungen innerhalb der letz-

ten drei Minuten erfolgten. Man befürchtet, daß bei dem Erdbeben auch zahlreiche Ausländer ums Leben gekommen sind.

Ueber 1000 Todesopfer in Managua?

Neuyork, 1. April. Die Marinebehörden in Colón teilen mit, daß sich die Zahl der Toten in Managua wahrscheinlich auf 600 belaufen werde, die Zahl der Verwundeten auf über 1000. Nach neueren Meldungen wird die Zahl der Toten bereits auf über 1000 geschätzt.

Um 22 Uhr MEZ stand Managua noch immer in Flammen. Die von dem Erdbeben verschont gebliebenen Gebäude sind dadurch vollends der Zerstörung ausgeliefert. In dem Erdbebengebiet herrscht Nahrungs- und Wassermangel.

Die Schuldfrage ist noch nicht endgültig geklärt. Die Ueberführung der Schwerverletzten ins Krankenhaus wurde sofort veranlaßt. Nachträglich haben sich sechs weitere Leichtverletzte gemeldet, so daß die Gesamtzahl der verletzten Personen auf 21 gestiegen ist. Nach den beim Krankenhaus eingeholten Erkundigungen besteht bei keinem der verletzten Reisenden Lebensgefahr.

Kirchliche Nachrichten der Zionsgemeinde.

Gründonnerstag, 17 Uhr, Sarepta: Beichte und Abendmahl, Pastor Wilmanns. 19.10 Uhr, Sarepta: Beichte und Abendmahl nur für Neukonfirmierte und deren Angehörige, Pastor Wilmanns. 19.15 Uhr, Zion: Passionsgottesdienst, anschließend Beichte, Pastor Metz.

Karfreitag, Passionsgottesdienste: 8.15 Uhr: Pastor Wilmanns; 9 Uhr: Pastor Bischoff, anschließend Abendmahl; 10 Uhr: Pastor Kirchleier, anschließend Abendmahl. 16.15 Uhr, Sarepta: Beichte und Abendmahl, insbesondere für Alte und Gebrechliche der Gemeinde, Pastor Wilmanns. 17 Uhr, Zion: Musikalische Feierstunde.

Bethel.

Mitteilung des Kirchenamtes.

Am Gründonnerstag um 5 Uhr findet in Sarepta Beichte und Abendmahl statt; um 7.10 Uhr in Sarepta Beichte und Abendmahl nur für Neukonfirmierte und deren Angehörige.

Am Karfreitag im Anschluß an die Gottesdienste um 9 Uhr in Sarepta und um 10 Uhr in Zion Abendmahl. Die Beichte für beide Feiern wird wie bisher an den Passionsgottesdienst am Gründonnerstag abend in Zion angeschlossen.

Eine Abendmahlsfeier mit vorhergehender Beichte, besonders für die Alten und Gebrechlichen der Gemeinde, findet am Karfreitag um 4.15 Uhr in Sarepta statt.

Die Gottesdienste am Karfreitag um 8.15 Uhr, sowohl wie die um 9 und um 10 Uhr werden in der liturgischen Form der Passionsgottesdienste gehalten.

Eine musikalische Feierstunde findet am Karfreitag um 5 Uhr in Zion statt.

Kirchchor, Donnerstag 1/2 Uhr kurze Probe in Nazareth für eine Beerdigung. Prof. Buch 1 mitbringen.

Wir schließen unsere Verkaufsräume Gründonnerstag und Osterjonnabend um 14 Uhr (2 Uhr mittags) und bitten unsere verehrte Kundschaft, die Bestellzettel für Lieferungen, welche Gründonnerstag und Osterjonnabend durch unser Auto erfolgen sollen, spätestens bis Mittwoch Mittag uns hereinzureichen, damit wir pünktliche Erledigung gewährleisten können.

Ophir, vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel.

Ein grüner Wellenfittich entflohen. Nachricht erbeten Einkaufsstelle.

Anzeigen aus Bethel.

Gebr. Gasherd, gut erhalten, zu verkaufen. Telefonisch zu erfragen bei Pastor Platenius, Schülerheim.

Eine Bettstelle mit Sprungfedermatratze und Federunterbett billig abzugeben. Zu erfragen Kantensiek 11.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Westpolitik: Dr. G. Suttel; Anzeigen: R. Dickmann; alle in Bethel.

Die von Herrn Greinert innegehabte Bäckerei und Konditorei habe ich übernommen und bitte, das Herrn Greinert entgegengebrachte Vertrauen gütigst auf mich übertragen zu wollen. Gleichzeitige Empfehlung zum Osterfest p. p. Platenkuchen, Topfkuchen, Stollen usw., sowie billigt auf das Beste gefüllte Ostereier. Täglich zweimal frische Brötchen, ff. Landbrot hell und dunkel. Lieferung frei Haus.

Hochachtungsvoll
Carl Lüdeking
Gütersloher Str. 39 (Bethel-Ecke)

Entschieden christlich gestimmte Kinderergärtnerin

für kleinen Privatkindergarten und Heim gesucht zum 15. 4. od. später.

Kinderheim Fröhlichstein
Bad Salzhausen in Lippe
Wohldemstraße 19

Aus Mangel an Hinterland gibt billig ab ca. 700 Stück

Maulbeersträucher-Morusalba

zur Seidenraupenzucht, 5 J., gut entwickelt, winterfest.

H. Brett, Burg (Bez. Magb.), Roosstr. 5



ungarniert und garniert in einfacher und eleganter Ausführung.

A. Hinz, Bielefeld

Obernstraße 32.

Hochgebirgs-Sonnenkuren

Winter und Frühling im Ev. Erholungshaus Hasliberg (Bernener Oberland) 1060 m. Sog. fällige Pflege. Trauliches Familienleben. Tagespreis von 8 Fr. an. Ausbildung von Hausknechten. Illustr. Prospekt v. Hausvater.

Im Sommerhalbjahr (1. April bis 1. Oktober) bleibe meine Sprechstunde Sonnabends und Mittwochs nachmittags geschlossen.

Dr. Wehmeyer
Zahnarzt
Gütersloherstr. 12

Durch Kontrolle des vereidigten Chemikers Dr. Robinus, Bielefeld, ist die Echtheit meines

Bienen-Blüten-Honig.

10 Pf. Dose 10.40 RM, vorwiegend Pfefferminzblätter 12.30 RM, halbe Dose 5.90 RM und 6.90 RM frei Haus. Radn. 30 Pf. mehr. Gar. Rücknahme. Dr. Strieger, Bielefeld 2, Str. 30. Dieser Honig ist auch in Ophir, vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel, zu haben.

Piano

wenig gespielt, schwarz poliert, zu sehr günstigen Preisen abzugeben.

FESTING
PIANOFORTEFABRIK



KLISCHEES

ERHÖHEN DIE WIRKSAMKEIT IHRER ANZEIGEN.

ALLE DRUCKSTÜCKE IN MUSTERGRÖßEN AUSFÜHRUNG

BORGSTADT & BUSCH
BIELEFELD-TELEFON Nr. 4006

Mein editor

Tilsiter Vollkornkase
mit 48/52% Fett i. T. kostet ab heute nur RM 1.00 pro Pfd. Versand erfolgt nur in Postkolli und Nachn. Porto u. Verpackung frei.

Friedrich Stotzka
Dampfmolkerei Jedwitten. Post Motzweilen. Tilsiter Niederung.

Kur-Anstalt Erholungshaus
vegetarisch und Rohkost
Ebert
Bienenstock-Heilung
Pastor Feikekuren. Prosp. freil

Leipzig

Christl. bevorzugte Pension. Familienanschluß, gepflegter Haushalt. Günstigste Zentrums- und Parkanlage, Parkanlage, behagliche Heimstätte für Interessenten. Offert. unter A 1555 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Gemüse-, Feld- u. Blumensamen

Knollengewächse: Dahlien, Gladiolen, Begonien.

Baumstularkel: Obstbäume, Ziersträucher, Rosen, Nadelhölzer. — Blütenstauden usw.

Gärtnerei und Samenhandlung der Anstalt Bethel bei Bielefeld

Liebhaver-Photographen

decken ihren Bedarf in der Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Nr. 78.

Im Zurückge

Auf den letzten konnte man der Wirtschaft, Kräfte eines wurde dieser striellen, von rektoren und äufert. Und sich auf der ein ternemerinde mit allen Witten und die die deutsche I ternemungen Wirtschaftso Die Nationa haben die frei geschänkt. I dueller Kräfte

Es hat n Indutrieführ fierung, die von Kiesen Es lag nicht und auch wer schlagen hätte worden. Auch Technik, der für die Gefan tion, furchtba

Über es Goffnung ich den könnte, oft so verlad mus. Man Nächständige einpaßt. Ab Zivilisation, Schematisier der Menschf Aktion der lifierung mit des Individu Dauer in de im moderne staat nicht n Allerdings Wüste des spannten G wenig Raum der Individ wicklung f Zwangs- un

Kapita

Es ist e lehte noch kommen sin iem, der an die Bewir kann in Ge Sach- und angabe in ste nicht ob das Geld i in denen d jeder durch Kapital. A und Kapita Erwerbsmi im Tausch Sachkapita Kapital in schiedenen verschieden men kann, litten Kap Kapital al dem Besitz dern kann